

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Wittmann, Pendl  
und GenossInnen  
betreffend Gleichbehandlung aller Dienstnehmer

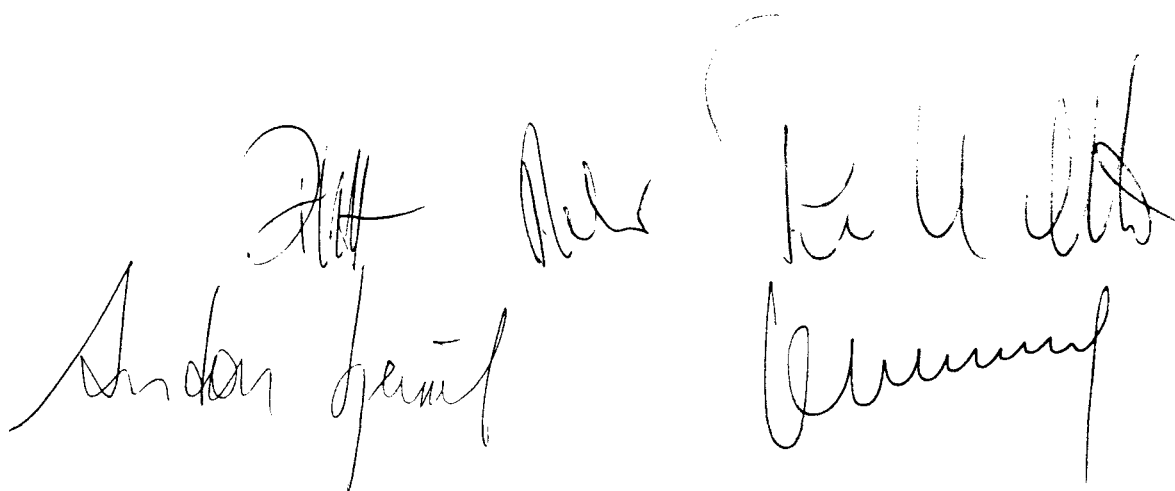
Der Verfassungsgerichtshof hat die so genannten Ruhensbestimmungen für Beamte aufgehoben, sodass nunmehr alle Beamten unabhängig von der Höhe ihrer Pension beliebig viel dazu verdienen können, anders als ASVG-Pensionisten, die ihre gesamte Pension verlieren, sobald sie mehr dazu verdienen als die Geringfügigkeitsgrenze (ca. 300 €).

Dieses Problem wurde von der Bundesregierung durch die verfehlte Art ihrer Pensionsharmonisierung hervorgerufen. Nunmehr plant die Bundesregierung einfach mit einer Verfassungsbestimmung das VfGH-Erkenntnis zu umgehen. Damit würde nicht nur der Verfassungsgerichtshof ausgeschaltet, sondern auch eine bestehende Ungleichbehandlung mit Verfassungsbestimmungen einzementiert.

Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen daher, der Nationalrat wolle beschließen:

### Entschliebung:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat auf der Basis der Gleichbehandlung aller ArbeitnehmerInnen eine Lösung für die ungleichen Ruhensbestimmungen zwischen Beamten-Pensionsbereich einerseits und ASVG-Bereich andererseits vorzuschlagen, und zwar ohne damit in verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte einzugreifen.

The block contains several handwritten signatures in black ink. On the left, there is a large signature that appears to read 'Andreas Gernig'. To its right, there are several smaller, more stylized signatures, some of which are partially overlapping. The signatures are written in a cursive, handwritten style.

DVR 0636746